

Alternative Fakten, Nicht-Nachhaltigkeit und Kulturpolitik



Ingolfur Blühdorn ist Professor für Soziale Nachhaltigkeit und Leiter des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sein neues Buch *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht eintritt* (zusammen mit MitarbeiterInnen des IGN) erscheint Mitte des Jahres im Transcript Verlag.

Wenn erst einmal genügend Fakten und Wissen gesammelt worden sind; wenn die drohenden Auswirkungen der Umwelt- und Klimaveränderungen im Bewusstsein der Menschen erst einmal voll durchgesickert sind; wenn die Probleme erst einmal so groß und die Beweislage so erdrückend geworden sind, dass sich die Tatsachen einfach nicht mehr leugnen lassen, dann werden moderne Gesellschaften letztlich gezwungenermaßen die Kraft aufbringen müssen, die sich auftürmenden Probleme zu lösen. Das ist die Geschichte, die umwelt- und klimapolitische Akteure sich seit Jahrzehnten zum Trost erzählen. Forschung und Wissenschaft, Bewusstseinsbildung und öffentliche Aufklärung haben in dieser Geschichte einen zentralen Platz. Doch dieser Geschichte bricht gerade der Boden weg.

Extremwetter, Artenverlust, Ressourcenübernutzung, soziale Ungleichheit, Migration – die Veränderungen sind rasanter und präsenter denn je, doch das Objektive, die Wissenschaft, das Rationale, verlieren plötzlich an Bedeutung. Sie werden geleugnet, diskreditiert oder einfach missachtet – keineswegs nur von Donald Trump. Mehr Wissen und mehr Information, führen also nicht unbedingt zu verändertem Handeln. Das post-faktische Zeitalter? Ein eher schwacher Begriff. Aber was bedeutet es, wenn in modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaften zwar mehr Faktenwissen vorhanden ist denn je, wenn diese Informationen auch leichter und breiter zugänglich sind denn je, aber die immer in Aussicht gestellte große sozial-ökologische Transformation dennoch nicht eintritt? Es ist nicht etwa so, dass überhaupt gar nicht gehandelt würde. Tatsächlich vollzieht sich vor unseren Augen sogar eine große Transformation. Es ist aber nicht die erhoffte. Vielmehr werden Umwelt- und Klimaziele nachjustiert, wenn sie nicht eingehalten werden können; Bürgerbeteiligung wird eingeschränkt, wenn sie sogenannte standortrelevante Infrastrukturprojekte behindert; die

liberale Demokratie wird illiberal, der Rechtsstaat und die allgemeinen Menschenrechte werden in Frage gestellt und globale Abkommen aufgekündigt, wenn zu viele ein gutes Leben wollen. Wie kommt hier die Kulturpolitik ins Spiel?

Zunächst einmal insofern, als jenseits der Geschichte von den objektiven Fakten und den wissenschaftlich feststellbaren Problemen unversehens wieder Werte, das Subjektive, Identitäten – eben das Kulturelle – ins Zentrum des Interesses rücken. Für die Umwelt- und Klimadebatte schließt sich damit gewissermaßen ein Kreis. Denn jeder Blick in die Geschichte der Umweltbewegungen zeigt, dass in deren Diskursen eigentlich immer schon das Kulturelle zentral war – Ästhetik, Religion, Ethik, Moral; Verwissenschaftlichung, Entpolitisierung und Expertenzentriertheit haben überhaupt erst Ende der 1980er Jahre angefangen Platz zu greifen. Zudem haben auch gerade die emanzipatorischen Strömungen der Umweltbewegung noch nie wirklich an die Erzählung von der objektivierenden Verwissenschaftlichung geglaubt. Stets haben sie sich gegen die Entpolitisierung und Experten herrschaft gewehrt – insbesondere, wenn die Experten weiß, westlich und männlich waren, oder wenn sie behaupteten, die wissenschaftliche Beweislage sei noch nicht eindeutig, und für entschiedenes Handeln fehle noch eine ausreichende Grundlage. Das hat die Bewegungen allerdings nicht daran gehindert, mit aller Entschiedenheit an der Behauptung festzuhalten, die Umweltprobleme seien objektiv und nicht zu leugnen. Und als einzelne Strömungen der kritischen Sozialwissenschaften zu bedenken gaben, dass bestenfalls die empirischen Fakten objektiv seien, diese Fakten aber immer erst durch kulturelle und politische Vermittlung den Status von Problemen erhalten, wurde in diesen Sozialwissenschaftlern schnell der politische Feind erkannt, der die Objektivität der Probleme bestreite.

Dieser Streit scheint nun also entschieden. Das Kulturelle ist wieder zentral. Die Arena für die Repolitisation des vermeintlich Objektiven ist weit offen, und sie wird eifrig bespielt: Von rechts mit einer Kombination aus dem Verleugnen von Fakten und der selektiven Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Legitimation neuer Grenzziehungen und Ausgrenzung: Es reicht eben nicht für alle, und wir haben Vorrechte! Und von links mit der Neubelebung alter Visionen vom Postkapitalismus, der befreiten Gesellschaft und der wahren Demokratie. Die Rechten haben dabei die Nase vorn und die Linken eine denkbar schlechte Position. Denn im Zeichen unübersehbarer ökologischer, ökonomischer und sozialer Grenzen ist ihre Agenda der Befreiung, Demokratisierung, Teilhabe und Gleichheit hochproblematisch geworden: Nicht nur hat das linke Projekt der Emanzipation immer schon wesentliche Teile der Gesellschaft zurückgelassen, für die sich dessen Versprechen nie erfüllt haben. Sondern es war auch nie gelungen, die emanzipatorische Logik der Grenzüberschreitung mit der ökologischen Logik der Grenzeinhalten übereinzubringen; und heute stecken gerade die befreitesten Teile der Gesellschaft mit ihren entgrenzten Ansprüchen am tiefsten in der Nicht-Nachhaltigkeitsfalle.

Grenzziehung, Begrenzung und Ausgrenzung (von Unakzeptablem und Unberechtigtem) sind da tatsächlich das zentrale Thema. Die emanzipatorische Linke erweist sich aber als wenig fähig, auf diesem Feld etwas zustande zu bringen. Die Rechtspopulisten dagegen bespielen es gekonnt und publikumswirksam – und in einer Weise, die gefährliche soziale, ökologische und politische Schwelbrände weiter anfacht und verlässlich in einen Großbrand zusammenführen wird. Genau das droht allerdings auch, wenn die emanzipatorische Linke in ihrer etablierten Agenda der Entgrenzung und der Demokratisierung des sich stetig ausdehnenden Berechtigungsbewusstseins befangen bleibt.

In diesem Dilemma könnte gerade kulturpolitischen Akteuren und Einrichtungen eine große Bedeutung zukommen. Denn im gleichen Maße, wie die Wissenschaft auf die Rolle eines Wachstum schaffenden Innovationsmotors und Providers von pragmatischen Lösungen für konkrete Probleme beschränkt wird, und wie demokratische Institutionen sich ausdrücklich aus dem Ringen um gesamtgesellschaftliche Perspektiven verabschieden, um sich auf populistische Klientelpolitik zu konzentrieren, bleibt es vor allem der Kulturpolitik überlassen, Foren zu eröffnen und Diskurse zu moderieren, die Auswege aus den etablierten diskursiven Endlosschleifen suchen.

Das Gelände, auf dem sie sich dabei bewegen, ist aber gefährlich vermint. Denn zwar ist es dringend erforderlich, eingefahrene Denkblockaden zu durchbrechen. Doch während sich die kritische Linke mit einer metakritischen Revision ihrer hergebrachten Erzählungen extrem schwer tut, verfolgt die Rechte die Strategie der Grenzüberschreitung und des Tabubruchs ganz offensiv – und buchstabiert die Agenda der Grenzziehung, Begrenzung und Ausgrenzung in ihrem Sinne aus: egoistisch, anti-egalitär, illiberal und menschenverachtend. Innovatives Denken ist also unbedingt erforderlich, aber jeder Versuch, über die Endlosschleife der etablierten emanzipatorischen Argumentationsmuster hinauszugehen läuft Gefahr, unmittelbar Öl in das Feuer zu gießen, mit dem andere den Rechtsstaat, die Menschenrechte und die Hoffnung auf ein gutes Leben für alle wegzubrennen versuchen. Gibt es vielleicht tatsächlich so etwas wie einen Synergieeffekt mit dem die emanzipatorisch-Progressiven und die antiegalitär-Exklusiven – gegeneinander und doch gemeinsam – die bestehende Ordnung der ökologisch-sozialen Nicht-Nachhaltigkeit eisenhart stabilisieren? Sich dieser Frage überhaupt nur ernsthaft zu stellen, wäre bereits eine hochbrisante Aufgabe für die Kulturpolitik. ■

Wir tragen gemeinsam Verantwortung

» Wir tragen gemeinsam Verantwortung dafür, auch zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Daher setze ich mich innerhalb der Bundesregierung seit längerem für mehr nachhaltige Entwicklung, für entsprechende Standards in unseren Kultureinrichtungen ein. Und daher ist es sehr verdienstvoll, dass sich auch die Kulturpolitische Gesellschaft des Themas ›Kultur und Nachhaltigkeit‹ bereits seit vielen Jahren engagiert annimmt.«

Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB anlässlich der Veranstaltung »20 Jahre Bundeskulturpolitik – Bilanz und Perspektiven« am Vora-bend der KuPoGe-Mitgliederversammlung (23.11.2018) in Bonn